

Antragsbereich RGP / Antrag RGP20**AntragstellerInnen:** UB München-Stadt**Empfänger:** Landesparteitag**Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt
durch Regierungsprogramm der BayernSPD
2023**RGP20: Das bessere Bayern. Forderungen der Münchner SPD zur Landtagswahl 2023**

Der Freistaat Bayern hat mit seiner sozialdemokratisch geprägten Verfassung, seinen vielen gut ausgebildeten Arbeitnehmer*innen, seiner lebenswerten Landschaft und Umwelt und seiner wirtschaftlichen Stärke beste Voraussetzungen, um allen Menschen in Bayern ein gutes Leben zu bieten. Als SPD haben wir den Anspruch, diese Voraussetzungen ab 2023 auch in Regierungsverantwortung auf Landesebene in gute Gesetze für die Menschen umzusetzen.

Als Münchner SPD legen wir mit diesen Münchner Forderungen zur Landtagswahl 2023 aus unserer Sicht dar, wo und wie sozialdemokratische Politik für ein besseres Bayern sorgen wird. Wir wollen für Bayern bezahlbaren Wohnraum für alle und eine moderne und zeitgemäße Bildungspolitik, die Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für alle ermöglicht. Wir stehen für eine Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, die den ÖPNV in ganz Bayern zum Rückgrat der Fortbewegung macht - leistungsstark, effizient, klimaschützend und bezahlbar. In unserem Bayern sollen alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft, ihres Aussehens, ihrer Weltanschauung oder Religion, ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Orientierung gleichberechtigt und frei an allen Bereichen der Gesellschaft teilhaben dürfen. Eine SPD geführte Staatsregierung wird Bayerns Wirtschaft stärker machen, Respekt vor der Arbeit stärken und unseren Freistaat insgesamt solidarischer machen. Wir werden die Energiewende nicht wie die bisherige Staatsregierung liegen lassen, sondern kraftvoll und mutig vorangehen um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen und Verantwortung für Bayerns Zukunft zu übernehmen.

Wir sehen das Agieren der bayerischen Staatsregierung jedoch auch besonders gegenüber dem Bund und der eigenen Kommunen sehr kritisch. Bayern steht mit seinen von der CSU mit viel Gepolter durchgesetzten zahllosen Sonderwegen nicht besser da oder hat mehr für die Menschen im Freistaat herausgeholt - sondern oftmals sinnbefreite Klientelpolitik betrieben. Wir sind für eine Stärkung kommunaler Handlungsspielräume und der sozialen Daseinsvorsorge. Eine enge Zusammenarbeit mit dem bayerischen Landkreistag, dem Bayerischen Städtetag und dem Bayerischen Gemeindetag

35 und der gesamten Kommunalpolitik ist uns dabei besonders wichtig. Finan-
 40 ziell werden wir die Kommunen nach der harten Zeit der Pandemie und
 den zusätzlichen Herausforderungen durch den Krieg in der Ukraine stärken.

Eine gerechte und solidarische Gesellschaft für alle Menschen ist unser
 40 erklärtes Ziel. In München konnte die Sozialdemokratie die kommunale
 Politik sehr lange erfolgreich prägen. Oftmals sind wir an den Rahmenbedin-
 gungen und Zuständigkeiten des Freistaats gescheitert. Die Landtagswahl
 ist die politische Möglichkeit Bayern besser zu machen. Wir wollen, dass
 45 alle Menschen in Bayern immer genau die Unterstützung erhalten, die sie
 benötigen. Ob mit Dirndl oder Hijab, ob alt oder jung, ob Großfamilie oder
 Single, ob in Stadt oder Land: Unser Bayern ist für alle da. Wir stehen für ein
 besseres Bayern.

Bezahlbares Wohnen - bessere Wohnungspolitik für Bayern

50

Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist eine zentrale soziale Frage
 unserer Zeit. Was nützen eine hohe Beschäftigungsrate und höhere Löhne,
 wenn sie durch die Miete wieder aufgebraucht und Haushalte in Armut
 gedrängt werden?

55

- erhalten und bauen wir bezahlbaren Wohnraum, stärken die Rechte der
 Kommunen und beenden Zweckentfremdung,

60

- beenden wir Bodenspekulation und nutzen staatliche Flächen besser

- belohnen wir Nachhaltigkeit bei Bau und Bewirtschaftung von Wohnbau-
 65 ten und halten Mehrkosten von den Mieter*innen fern und bevorzugen
 genossenschaftliche Wohnmodelle steuerlich und unterstützen Gemein-
 wohl orientierte Wohnraum-Initiativen

Bezahlbaren Wohnraum erhalten und bauen.

70 Nach der Bayerischen Verfassung hat jede*r Bewohner*in Bayerns Anspruch
 auf eine angemessene Wohnung. Die Förderung des Baues bezahlbarer
 Wohnungen ist Aufgabe des Staates und der Kommunen.

Der Verkauf der 33 000 GBW-Wohnungen, davon circa 10 000 in München,
 75 ist ein wohnungspolitischer Skandal. Die Versprechungen von Ministerprä-
 sident Söder zum Neubau von 10.000 Wohnungen durch die BayernHeim
 sind nicht eingelöst worden. Die BayernHeim hat bisher keine einzige Woh-

nung neu gebaut! Deshalb stellen wir die staatliche Wohnbaugesellschaft BayernHeim mit einer klaren Zielvorgabe auf: Sie wird neben den vor Ort
80 in erster Linie tätigen kommunalen Wohnbaugesellschaften sowie eigenen Wohnbaugesellschaften der Landkreise tätig werden, so dass ihr Ziel der 10.000 bezahlbaren Wohnungen bis 2028 auch tatsächlich erreicht wird. Nach dem Vorbild des Münchner Azubiwerks sollen bezahlbare Wohnungen für Auszubildende auch außerhalb der Ballungszentren und ergänzend zu
85 kommunalen Angeboten gesichert werden.

Wir werden Genehmigungsverfahren bezahlbarer Wohnungen beschleunigen.

90 Gerade im urbanen Raum möchten wir Abstandsflächen vereinheitlichen und reduzieren, um eine vertretbare Nachverdichtung auch zu ermöglichen. Den Bauaufsichtsbehörden geben wir im Einvernehmen mit den kommunalen Behörden die Freiheit, von einzelnen Bauvorschriften abzuweichen, solange mindestens 80% der zu errichtenden Wohneinheiten langfristig
95 für sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden und die Sicherheit und gesundes Wohnen für die Bewohner*innen gewährleistet ist. Barrierefreies Wohnen ist generell sicherzustellen. Wir fördern dauerhafte Nutzung von großen Wohnungen durch flexible Grundrisslösungen, z. B. durch die Teilung von Wohnungen, und unterstützen den Wohnungstausch, damit
100 Wohnraum optimal genutzt wird

Das Baulandmobilisierungsgesetz des Bundes war ein erster Aufschlag zu einer gerechteren Wohnpolitik. Wir setzen die zu seiner Umsetzung notwendigen Verordnungen im Gegensatz zur CSU mit dem Ziel bezahlbaren
105 Wohnens um: Mehr Bestandswohnungen werden dann zu bezahlbaren Wohnungen und Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen werden endlich verhindert. Unser Ziel ist die flächendeckende Ausweitung der Erhaltungssatzungsgebiete auf ganz München und darüber hinaus.

110 Wir weiten die Förderbindung von Sozialwohnungen bei allen Modellen übergreifend auf die maximal mögliche Länge aus. Zudem fördern wir einen Ankauf insbesondere von in absehbarer Zeit aus der Bindung fallenden Sozialwohnungen durch staatliche und kommunale Wohnbaugesellschaften. Ebenso fördern wir die Schaffung oder Verlängerung von Belegungsrechten.
115 Der Freistaat Bayern wird die Kommunen bei der Unterbringung von Menschen ohne Bleibe künftig finanziell und strukturell besser unterstützen.

Wir erkennen an, dass dort, wo Wohnraum in öffentlicher Hand ist, Mietpreise deutlich geringer sind. Wir wollen verhindern, dass einige wenige
120 mit hohen Mieten ihre privaten Renditen in die Höhe treiben. Wir setzen

uns dafür ein, dass die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne wo immer sinnvoll und möglich zur Anwendung kommt.

Wir führen wieder ein Wohnungsaufsichtsgesetz ein und geben den Kommunen so die Befugnis zurück, die Behebung von Mängeln anzuordnen. Im Gesetz sollen zugunsten der Mieter*innen insbesondere die Mindestgröße der Wohnung, Anforderungen an die Ausstattung wie Belichtung, Belüftung, Energieversorgung, sanitäre Einrichtungen, Heizung sowie an die Instandhaltung auf Kosten und durch die Eigentümer*innen geregelt werden. Wir setzen uns weiter für einen bundesweiten Mietenstopp ein.

Wir verbessern die Wohnraumgesetze auf Landesebene. Ähnlich dem Vorbild des Berliner Wohnraumversorgungsgesetzes schaffen wir Rechtsgrundlagen zur Stärkung der Interessenvertretung und Schutz der Mieter*innen bei Neubau-, Modernisierungs- und Instandsetzung, bei der Quartiersentwicklung sowie bei Gemeinschaftseinrichtungen.

Wir fördern die Einrichtung von Anlaufstelle für jedes Quartier, nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land. Sie sollen die Wohnsituation und -qualität in den Quartieren verbessern. Das gelingt dadurch, dass die Quartiersrät*innen öffentliche Beratungen durchführen, um die Belange der Nachbarschaft zu erfahren.

Die Stadt München geht bereits erfolgreich gegen Zweckentfremdung von Wohnraum vor. Jedoch fehlt teilweise die rechtliche Handhabe, hier braucht es eine Beweislastumkehr zugunsten der Kommunen sowie eine Auskunftspflicht. Zur Erleichterung der Nachverfolgung von Zweckentfremdung führen wir eine Registrierungs- und Genehmigungspflicht für Ferienwohnungen ein. Behörden müssen die Räumung und Neuvermietung von betroffenen Wohnungen direkt bewirken können.

Wir führen eine Ebene verbindlicher Regionalplanung ein, die auf Grundlage der Mehrheitsbeschlüsse der Kommunen gemeinsam verbindliche Entwicklungsziele für die jeweilige Planungsregion festschreibt. Es braucht eine gute Landesplanung: Mehr öffentliche Daseinsvorsorge und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land können den Zuzugsdruck in die Städte reduzieren. Wir schaffen im Bayerischen Staatsministerium für Wohnen eine Leitstelle Bezahlbares Wohnen, die die Kompetenzen zur Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum (Planung, Förderung, Umsetzung, Vernetzung) bündelt und ein Konzept erarbeitet, wie ein regionsübergreifende Zusammenarbeit für die Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum schnellstmöglich gelingt.

Bodenspekulation beenden, staatliche Flächen nutzen.

165

Denn die Gewinne einzelner aus Kapitalanlagen dürfen nicht zulasten der Allgemeinheit gehen. Die Bayerische Verfassung setzt der Bodenspekulation klare Grenzen. Wir schaffen eine Rechtsgrundlage zur Anwendung von Artikel 161 Abs. 2, wonach Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Kapitalaufwand der*des Eigentümer*in entstehen, für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Ein Bestandteil wird eine landesweit einheitliche Regelung entsprechend der erfolgreichen Münchner Sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN) sein.

175

Künftig gilt auch in Bayern das von der SPD erarbeitete bundesweite Grundsteuermodell, das höhere Mieten höher besteuert und insbesondere auch die Grundsteuer C gegen Spekulation mit unbebauten Grundstücken ermöglicht. Dies gelingt, indem wir die Öffnungsklausel der CSU und damit das bloße Flächenmodell nicht weiter anwenden. Die Grundsteuer wird als Eigentumssteuer künftig nicht mehr auf Mieter*innen umgelegt. Des Weiteren prüfen wir die Einführung einer landesweiten Mietensteuer in Form einer Abgabe auch in Bayern. Je höher die Miete, desto höher die Steuer.

180

185

Der Freistaat Bayern hat in München viele Grundstücke. Leider stehen die meisten davon leer oder sollen sogar verkauft werden. Wir verbessern das staatliche Liegenschaftsmanagement umgehend. Staatliche Grundstücke stehen der Gesellschaft zur Verfügung und werden deswegen künftig nicht mehr verkauft. Die Vergabe von Erbbaurechten bleibt möglich. Grundstücke des Freistaats können vergünstigt an Kommunen weitergegeben werden, wenn sichergestellt ist, dass diese die Immobilie nicht verkaufen und die geplante Nutzung dem Allgemeinwohl dient. Grundstücke werden vergünstigt auch an Wohnungsbaugenossenschaften als private Akteurinnen, die keiner Wohnungsbindung unterliegen, vergeben - aber nur im Erbbaurecht.

190

195

Umfassender Leerstand in München bei staatlichen Immobilien ist nicht länger hinzunehmen. Immobilien im Eingriffsbereich des Freistaats Bayern dürfen nicht länger als 6 Monate leer stehen. Für alle Immobilien, die voraussichtlich länger als 3 Monate leer stehen, soll eine Zwischennutzung insbesondere für soziale oder kulturelle Nutzungen geprüft werden. Bei Objekten mit Mängeln soll der für eine weitere Nutzung erforderliche bauliche Zustand schnellstmöglich hergestellt werden. Die Leerstandsquote soll nach dem Vorbild der Landeshauptstadt München erfasst und jährlich in einem Leerstandsbericht veröffentlicht werden. Alle Flächen des Freistaats werden systematisch in einem Flächenkataster erfasst, einschließlich der Immobilien von Beteiligungs- und Tochterunternehmen des Freistaats Bayern wie der IMBY, BayernHeim, StadiBau, Studentenwerk etc. Dabei

200

205

werden insbesondere Lage, Fläche, aktuelle Nutzung und Eignung für eine soziale Wohnraumversorgung angegeben. Auch Wohnungsbau auf schwierigen Grundstücken wie Parkplätzen oder Möglichkeiten einer gemischten
210 Nutzung von Wohnen und Gewerbe werden dabei geprüft. Wir schaffen ein vernünftiges Konzept für die Studentenstadt Freimann und dafür, wie es mit den sanierungsbedürftigen Wohnheimen weitergehen soll. Hier darf es keinen Leerstand geben, sondern es muss sichergestellt werden, dass die Wohnheimplätze künftig gepflegt, zeitgemäß saniert und bewohnt
215 sind. Der Freistaat muss das Studentenwerk mit den dafür benötigten Finanzmitteln ausstatten.

Bezahlbarkeit und Klimaschutz beim Wohnen

220 Da der Gebäudebestand viele Rohstoffe langfristig verbraucht sind Umweltaspekte gerade beim Wohnungsbau wichtig. Unser Ziel ist, klimafreundliches Wohnen und bezahlbares Wohnen miteinander in Einklang zu bringen. Dies erreichen wir in erster Linie durch eine klimafreundliche Energieversorgung, die durch energieeffiziente Gebäudedämmung ergänzt
225 wird. Wir lassen nicht zu, dass ökologische und soziale Aspekte gegeneinander ausgespielt werden. Die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen dürfen bei Mietwohnungen nicht auf Mieter*innen umgelegt werden. Wir fordern, einen Artikel in die Bayerische Bauordnung aufzunehmen, der die Genehmigung von Neubauten davon abhängig macht, dass die Dachfläche
230 entweder begrünt oder mit einer Solaranlage ausgestattet wird. Dabei hat die Baubehörde ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Dachflächen mit Begrünung und mit Photovoltaikanlagen zu berücksichtigen.

235 Gute Bildung und Kultur für alle – bessere Bildungs- und Kulturpolitik für Bayern

Das Elternhaus hat in Bayern einen erheblichen Einfluss auf den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen. Die gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft erfordern die beste Bildung für alle Kinder
240 und Jugendlichen. Gleiche Chancen müssen bereits in der frühkindlichen und vorschulischen Bildung beginnen, weswegen wir uns für qualitativ hochwertige, flächendeckende und kostenfreie Kitas für alle stark machen. Hierzu gehört auch, den Erzieher*innenberuf immer attraktiver zu gestalten und auch die Ausbildung über Modelle wie Optiprax für Menschen jeder
245 Herkunft und jeden Alters interessant zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind mindestens ein Kindergartenjahr absolviert.

Das gegliederte Schulsystem und die frühe Selektion von Schüler*innen in Bayern tragen dazu bei, dass Bildungserfolg und damit Lebenschancen

250 früh vorgezeichnet sind. Die Durchlässigkeit zwischen den Schularten wirkt
dem nur im geringen Maß entgegen. Ein erster und wirksamer Schritt
für mehr Chancengerechtigkeit ist eine Verlängerung des gemeinsamen
Lernens bis zur 6. Klasse. Zunehmender Leistungsdruck führt bereits bei
Grundschulkindern verstärkt zu psychosozialen Belastungen. Deswe-
255 gen wird im Zusammenhang mit einer verlängerten Grundschulzeit die
Benotung erst ab der 4. Klasse eingeführt, um mehr echte Lernzeit zu schaf-
fen. Das "Grundschulabitur" ersetzen wir durch individuellere Bewertungen.

Daneben wollen wir Konzepte von Gemeinschaftsschule mit Hilfe von
260 Modellschulen in verschiedenen Regionen umsetzen. Eine umfangreiche
Evaluierung der Praxis soll die Chancen und Möglichkeiten von Gemein-
schaftsschulen herausstellen. Perspektivisch ist das gemeinsame Lernen
über die gesamte Schulzeit hinweg das erklärte sozialdemokratische Ziel.

265 Wichtig ist uns beim gemeinsamen Lernen die individuelle Förderung der
Talente und Möglichkeiten aller Kinder und Jugendlichen. Dafür ist es
notwendig die Klassengröße auf 25 Schüler*innen zu begrenzen und die
Anzahl der Teamteachingstunden zu erhöhen.

270 Über den bundesweiten Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz an
Grundschulen ab 2026/2027, sorgen wir für einen schnellen und flächen-
deckende Ausbau von Ganztagsangeboten in allen Schularten. Die Bedarfe
der Kommunen als Sachaufwandsträgerinnen werden hierbei in größerem
Maße als bisher beachtet. Sie bekommen Gestaltungsspielraum bei der
275 Umsetzung, werden aber durch einheitliche Grundregelungen unterstützt.
Die Finanzausgleichsgesetzgebung passen wir den realen Bedarfen an. Der
kooperative Ganztags steht für uns im Fokus.

Wir wollen eine bessere Gesundheitsförderung in der Schule. Hierzu fordern
280 wir mehr Sportunterricht und mehr freie Sportzeiten, Gesundheitsfürsorge
als Schulfach und die Etablierung von Schul-Pflegefachkräften.

Um regionale und sozioökonomische Benachteiligungen von Schüler*innen
auszugleichen, führen wir die bedarfsorientierte Budgetierung nach Münch-
285 ner Vorbild von Schulen landesweit ein. Finanzielle Mittel sollen gezielt an
Schulen mit einem erhöhten Anteil sozial benachteiligter Schüler*innen
und an Schulen in strukturschwachen Regionen gehen. Für die Heraus-
forderungen der Zukunft brauchen wir ein Lernen für die Zukunft. Dafür
müssen Lehrpläne in allen Schulformen und allen Fächern überarbeitet
290 werden. In den Lehrplänen soll sich besonders eine Bildung für nachhal-
tige Entwicklung widerspiegeln. Zudem sollen Unterrichtsinhalte an der
Lebenswelt unterschiedlicher sozialer Milieus anknüpfen und verschiedene

Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen gleichermaßen wertschätzen.

295 Im Sinne einer demokratischen Schulfamilie stärken wir die Schüler*innen-
mitverantwortung auf allen Ebenen der Entscheidungsprozesse.

Bayern muss die UN-Behindertenkonvention ernst nehmen und Inklusion
an allen Schularten weiter ausbauen. Echte Inklusion gelingt nur dann,
300 wenn die Bedürfnisse von Lehrkräften und Schüler*innen gleichermaßen
berücksichtigt werden. Barrierefreie Gebäude sind für uns selbstverständ-
lich. Darüber hinaus müssen auch barrierefreie Lehr- und Lernmittel und
multiprofessionelle Teams zur Unterstützung an allen Schulen zur Verfü-
gung stehen. Bei der Umsetzung des Ganztags legen wir einen besonderen
305 Fokus auf die Bedarfe derjenigen Schüler*innen, die zusätzliche Förderung
benötigen.

Einen besonderen Fokus setzen wir auf die zukünftige Ausbildung und
Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Der hohe Lehrkräftemangel an allen
310 Schularten erfordert eine dringende Reform der Lehrer*innenbildung an
den Universitäten. Wir wollen junge, motivierte Menschen durch attraktive
Studien- und Arbeitsbedingungen als Lehrkräfte gewinnen. Dafür wer-
den wir ein Modell der flexiblen Lehrer*innenbildung umsetzen. Dabei
müssen sich Studierende erst im Laufe des Studiums für eine Schulart
315 entscheiden. Theorie und Praxis sollen bereits während des Studiums eng
verknüpft sein und alle Lehrämter schließen das Studium mit einem Mas-
ter ab, wobei für alle Lehrämter zukünftig A13 als Einstiegsstufe gesetzt wird.

Die Bildung im Bereich der allgemeinbildenden Schulen ist der Beruflichen
320 Bildung gleichzustellen. Das berufliche Schulwesen bedarf der staatlichen
Förderung und Anerkennung, weil ein großer Anteil jungen Menschen
diesen Bildungssektor durchläuft und dessen Absolvent*innen ein wichtiger
Grundpfeiler unserer Gesellschaft sind. Wir wollen frühe Brüche in der
Bildungsgeschichte verhindern und setzen auf Eingangs- und Vorklassen-
325 modelle für die Fach- und Berufsoberschulen. Wir stärken die berufliche
Bildung und zeigen bereits in der Grundschule Wege zu einer erfolgreichen
Bildungsbiografie ohne Studium auf.

Wir setzen die Integration neu zugewanderter junger Menschen in allen
330 Bildungseinrichtungen erfolgreich um. Dazu ändern wir grundlegend die
Bedingungen für diese Kinder und Jugendlichen. Die bisherige Praxis der
automatischen Zuordnung zu den Deutschklassen der Mittelschulen ist
institutionelle Diskriminierung. Die bisherige Schulerfahrung muss auch
bei Geflüchteten bei der Entscheidung über die weitere Schullaufbahn
335 berücksichtigt werden. Die Integration in das bayerische Bildungssystem

fördern wir zum Beispiel über den Ausbau von internationalen Klassen. Das über zehn Jahre sehr erfolgreiche, vom Bund nun nicht weitergeführte, Programm der Sprach-Kitas werden wir auf Bayern angepasst hier einführen. Unser Leitsatz ist es, jedes Kind nach seinen Begabungen und Interessen zu fördern und individuelle Bildungswege auch für Geflüchtete zu ermöglichen sowie unseren jungen Menschen in Bayern passgenaue Bildungswege zu eröffnen. Mit Einrichtung des zentralen und systematischen Bildungsclearings soll gewährleistet werden, dass im Übergang keine herkunftsbedingten Unterschiede entstehen und sich in der Folge verfestigen. Den konfessionsgebundenen Religionsunterricht ersetzen wir durch gemeinsame Religionskunde, Ethik und Philosophie für alle. Konfessionelle Stunden können als Wahlfächer angeboten werden.

Digitalisierung betrifft alle Bereiche des Bildungswesens. Die Coronapandemie hat die Schwächen der bayerischen Schulpolitik offenbart. Wir unterstützen Lehrkräfte beim Erwerb digitaler Kompetenzen und garantieren eine hohe Verfügbarkeit, Stabilität und Sicherheit der staatlichen Plattformen. Der Abruf durch die Schüler*innen muss unabhängig vom ökonomischen Status möglich sein. Digitale Lehrmittelfreiheit schließt auch entsprechende Endgeräte mit ein. Wir sorgen für eine passgenaue digitale Infrastruktur in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen. Wir bilden Menschen für eine Zukunft aus, in der Digitalisierung, Automatisierung, Algorithmen und maschinelles Lernen eine große Rolle spielen werden. Dazu gehören Grundkenntnisse der Programmiersprachen und Funktionsweise von Algorithmen sowie die Fähigkeit zur kritischen Reflexion des eigenen Umgangs mit digitalen Endgeräten und Anwendungen, sowie eine Sensibilisierung für Privatsphäre und Datenschutz sowie ein hohes Maß an Medienkompetenz.

Das duale Ausbildungssystem ist international ohne Beispiel. Menschen in praktischen Berufen ermöglichen die Transformation der Gesellschaft und sichern unseren Wohlstand. Wir wollen den Zugang zur Ausbildung attraktiver gestalten und Hürden senken. Die Berufliche Bildung ist der Bildung im Bereich der allgemeinbildenden Schulen gleichzustellen. Das berufliche Schulwesen bedarf einer viel stärkeren staatlichen Förderung und Anerkennung, weil ein großer Anteil der jungen Menschen diesen Bildungssektor durchläuft und dessen Absolvent*innen wichtige Grundpfeiler unserer Gesellschaft sind. Wir wollen deshalb bereits in der Grundschule Wege zu einer erfolgreichen Bildungsbiografie ohne Studium aufzeigen, um die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung zu unterstreichen. Auch im Unterricht der Sekundarstufe soll in allen Schularten praktisches Arbeiten vermittelt werden. Dies soll eine Karriere in Handwerk, Facharbeit oder anderen Ausbildungsberufen erfahrbar machen. Dadurch wird außerdem

der gesellschaftliche Respekt vor diesen Berufen ausgedrückt. Gerade
380 Schüler*innen im Gymnasium lernen so auch die Arbeits- und Lebenswelt
jenseits eines Hochschulstudiums kennen.

Das Angebot der Berufsschulen muss zeitgemäß und exzellent sein. An
Berufsschulen sollen mehr Kurse zum Erwerb der jeweiligen Fachsprache
385 angeboten werden. Dies ermöglicht den Berufsschüler*innen mit Deutsch
als Zweit- oder Fremdsprache eine faire Chance, die Fachbegriffe korrekt
einzusetzen. Die Bayerncloud und VisaVID sind nach der aktuellen Home-
Schooling-Erprobung nicht geeignet, die erforderliche Funktionalität und
Stabilität bereitzustellen. Der Freistaat soll den Berufsschulen daher eine
390 geeignete Software zur Verfügung stellen und gemäß seinem Auftrag die
entstehenden Kosten tragen. In den bayerischen Berufsschulen der Zukunft
kommt der Schulsozialarbeit eine unterstützende und fördernde Rolle
zu. Sie muss wegen ihrer hohen Bedeutung und Wirksamkeit ein fester
Bestandteil der Schulfamilie sein, um Chancengerechtigkeit durch umfas-
395 sende Begleitung zu sichern. Die hohen pädagogischen und fachlichen
Anforderungen an Berufsschullehrer*innen müssen angemessen bezahlt
werden. Um weiterhin attraktiv für Quereinsteiger*innen zu sein, muss
deren einschlägige Berufs- und Ausbildungserfahrung voll in der tariflichen
Einstufung angerechnet werden. Ziel muss es sein, die Gleichwertigkeit
400 der Schulzweige durch dieselbe Einwertung und Bezahlung der Lehrkräfte
sicherzustellen. Das Unwesen der Zeitverträge mit der Pflicht, sich zu Beginn
jeden neuen Schuljahres erneut bewerben zu müssen, ist sofort zu beenden.
Diese Praxis ist Ausdruck von Missachtung gegenüber den Praktikern, die
neben ihrer beruflichen Tätigkeit sich der unverzichtbaren Aufgabe stellen,
405 ihr Wissen an die Schülerinnen und Schüler weiterzugeben und so für eine
Ausbildung und einen praktischen Beruf zu werben.

Zu einer gerechten Berufsschule gehören auch faire Prüfungsbedingungen.
Um zu vermeiden, dass wiederholt nicht bestandene Prüfungen zu einer
410 Wiederholung der kompletten Ausbildung führen, sollen fachbezogene
Nachprüfungen oder ein viertes Lehrjahr möglich sein. Für Berufsschüler*innen
mit Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache oder kognitiven
Einschränkungen sollen eine längerer Bearbeitungszeit für die Prüfung
vorgesehen werden. Die Prüfungen sollen auf Fachinhalte abstellen und
415 dies nicht mit der Sprachkompetenz vermischen. Bereits bestehende ein-
schlägige Kompetenzen aus praktischer Erfahrung oder Ausbildungen in
einem anderen Land müssen anerkannt und nicht erneut geprüft werden.

**Der 3. Bildungsweg - vom Beruf zum Studium – muss viel stärker gefördert
420 und damit die Durchlässigkeit u.a. zwischen Handwerk und Hochschulen
deutlich erhöht werden.**

Das Studium muss gebührenfrei bleiben; das gilt auch für ausländische Studierende. Die Hochschulen müssen bei der Gestaltung von Studiengängen die Bedürfnisse von Studierenden mit Kindern berücksichtigen und eine flexiblere Studienplanung ermöglicht werden. Ebenso setzen wir uns für barrierefreie Hochschulgebäude, Wohnheimplätze und für barrierefreie Prüfungen ein, die an die Bedürfnisse der Studierenden mit Behinderungen und chronischen Krankheiten angepasst werden. Zudem werden wir die dringend nötige Sanierung der Gebäude der staatlichen Hochschulen schnellstmöglich umsetzen. Wir werden die Praxis der extrem kurzfristigen Verträge im akademischen Mittelbau an bayrischen Hochschulen beenden, damit Nachwuchswissenschaftler*innen mehr Sicherheit in ihrer Lebensplanung haben und sich stärker auf ihre Forschung konzentrieren können.

435 Bildung ist ein Menschenrecht. Die Möglichkeiten der Weiterbildung, des Erwerbs neuer Fachkenntnisse, der Umschulung und des Besuchs späterer, berufsbegleitender Bildungsangebote und Studiengänge müssen strukturell verbessert werden. Wir werden die Erwachsenenbildung auf die persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse von Lernenden abstimmen. Wir sind überzeugt, dass verbesserte Möglichkeiten lebenslangen Lernens die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe unterstützen und uns als Gesellschaft insgesamt stärken.

445 Kultur und Kunst sind essentiell für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für die kritische Reflexion von Krisen und die Entwicklung kreativer Potentiale der Einzelnen.

Gerade Großstädte wie München müssen die zunehmende Diversität der Gesellschaft auch in ihren Kulturinstitutionen und ihrer Kulturförderung spiegeln. Wir wollen darum kulturelle Teilhabe für alle gesellschaftlichen Gruppen und Generationen ermöglichen, möglichst niederschwellige, partizipative Kulturangebote schaffen und die Möglichkeiten kultureller und künstlerischer Bildung gezielt ausbauen. Kultur darf kein exklusives Luxusgut, sondern muss für alle zugänglich sein.

Bayern besitzt Museen, Theater, Orchester und Opernhäuser von Weltrang. Diese müssen weiterhin auskömmlich finanziert werden und die Möglichkeit haben, sich konzeptuell weiterzuentwickeln und neuem Publikum zu öffnen.

Ebenso wichtig sind die zahlreichen mittleren und kleineren Kulturinstitutionen im ganzen Land und die freien Künstler*innen sowie freien Gruppen, die für die Identität und Lebendigkeit von Regionen, Städten und Gemeinden

465 elementare Arbeit leisten. Wir wollen darum die freie Kulturszene weiter stärken, bayernweit Förderprogramme ausbauen und bezahlbare Arbeits- und Produktionsräume für Künstler*innen schaffen. Alle Regionen müssen vom kulturpolitischen Engagement des Freistaats profitieren.

470 Aus ganz Bayern müssen Anträge beim Bayerischen Kulturfonds möglich sein. Wir werden eine bayerische Kulturstiftung einrichten, die gezielt progressive Förderprogramme initiiert und ländliche Regionen mit urbanen Zentren vernetzt. Der Freistaat muss die Beteiligung an Bundes- und Europaprogrammen besser fördern und die Kommunen bei ihrem kulturpolitischen Engagement weit besser unterstützen. Kultureinrichtungen und Kulturschaffende wurden von den Beschränkungen während der Corona-Pandemie unmittelbar und massiv getroffen. Wir müssen die Relevanz von Kunst und Kultur viel stärker anerkennen und für derartige Krisen weit bessere staatliche Vorsorge treffen.

480 So kam es wiederholt zu massiven Einschränkungen und Absagen von kulturellen Veranstaltungen. Die Publikumsauslastung ist auch nach Auslaufen der Maßnahmen teilweise niedrig geblieben. Daher wollen wir die Sichtbarkeit der Kultureinrichtungen stärken und die staatlichen Hilfsprogramme verlängern, um eine längerfristige Erholung des Kulturbetriebs zu gewährleisten.

Außerdem muss der Freistaat Kulturinstitutionen in Krisen gerecht und verhältnismäßig zu anderen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft
490 behandeln. Kultur ist systemrelevant.

Wir werden die Einzelnen besser absichern und gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern die Künstlersozialkasse reformieren. Künstler*innen müssen besser von ihrer Arbeit leben und auch vorsorgen können; wir treten für auskömmliche Mindesthonorare („art but fair“) bei
495 Projektförderungen und faire Gehälter auch in bezuschussten Kulturbetrieben ein, die sich am Lohnniveau und den Lebenshaltungskosten sowie der Inflation orientieren. Dies gilt insbesondere für Ballungsräume wie München. Auch bei Absagen und Ausfall von kulturellen Veranstaltungen
500 müssen Künstler*innen und Institutionen eine bessere Unterstützung erhalten.

Projektförderungen müssen durch gezielte Verstetigungen auch längerfristig Planbarkeit für künstlerische Karrieren schaffen. Wir müssen das große
505 Potential der Kultur- und Kreativwirtschaft besser nützen und neue Konzepte einer spezifischen Kulturwirtschaftsförderung ausbauen. Die bayerische Kulturpolitik muss Institutionen und Gruppen weit stärker fördern, die im

Kulturbereich für Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Klimaneutralität arbeiten. Bayern braucht ebenso Förderprogramme für die Digitalisierung im Kulturbereich, für Internationalisierung und für neue Wege sowie nachhaltige Projekte in der Erinnerungskultur, der Gedenkstätten- und lokalen Geschichtsarbeit.

Bayern ist ein Kulturstaat - wir werden diese Kultur in allen ihren Facetten stärken und endlich für alle zugänglich machen.

Mobilität für alle - bessere Verkehrspolitik für Bayern

Für uns ist Mobilität im ganzen Freistaat die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Entwicklung und persönliche Freiheit. Wir stehen für mehr sozialgerechte Mobilität und bezahlbares, nachhaltiges Vorankommen. Wir übernehmen Verantwortung für künftige Generationen und investieren in die Zukunft. Der Ausbau der nachhaltigen Mobilität erhöht die Lebensqualität auf dem Land und in der Stadt, leistet einen zentralen Beitrag zur Erfüllung der Pariser Klimaziele, verringert den Flächenverbrauch, fördert die Gesundheit der Bevölkerung und reduziert die Anzahl der im Straßenverkehr getöteten und verletzten Menschen (Vision Zero).

Wir geben diese Mobilitätsgarantie – für ein besseres Bayern!

Der Verkehr der Zukunft ist komfortabel und gut getaktet: Mit einer gut ausgebauten Infrastruktur und der Vernetzung der Mobilitätsformen legen wir hierfür die Grundlage. Auch in der Mobilität werden wir Ballungszentren und ländliche Räume bedarfsgerecht fördern und den öffentlichen Nahverkehr ausbauen. Auch auf dem Land soll man ohne Auto mobil sein können. Im Folgenden zeigen wir auf, wie Mobilität gestaltet werden sollte. Unsere Schwerpunkte sind a) öffentlicher Nahverkehr, b) Rad- und Fußverkehr, c) Autoverkehr und d) Güterverkehr.

540

a) Öffentlicher Verkehr

Wir brauchen landesweit einen massiven Ausbau des ÖPNV. Langfristiges Ziel ist der kostenlose öffentliche Personennahverkehr für alle in ganz Bayern. Wir führen im ersten Schritt das kostenlose Ticket für Menschen mit weniger Geld ein, etwa für Auszubildende, Schüler*innen und Studierende, Senior*innen. Die Kosten dafür übernimmt unter unserer Regierung der Freistaat und macht damit endlich vollmundige nicht eingehaltene Versprechen wahr. Für die konkrete Finanzierung führen wir ein solidarisches Bürger*innenticket ein. Statt den ÖPNV nutzungsabhängig zu finanzieren,

550

wollen wir eine Beteiligung an den Kosten durch Unternehmen und private Haushalte mit hohen Einkommen. Im Gegenzug werden die Kosten für die Tickets reduziert bzw. komplett abgeschafft. So gelingt die sozial gerechte Finanzierung von klimaschützenden Maßnahmen.

555

Wir werden die ÖPNV-Förderung so ausgestalten und mit Finanzmitteln ausstatten, dass überall in Bayern ein verlässlicher, attraktiver öffentlicher Nahverkehr angeboten wird: Im städtischen Raum finden Bürgerinnen und Bürger dann rund um die Uhr innerhalb von 10 Minuten ein öffentliches Verkehrsangebot. Eine enge Zusammenarbeit öffentlicher und privater Verkehrsunternehmen mit den Kommunen, höhere Finanzierungen durch den Freistaat und interkommunale Linien sind dafür die Basis.

Im ländlichen Raum wollen wir tagsüber eine mindestens stündliche Bedienung jeder Haltestelle sicherstellen, sei es durch Linienverkehr oder durch Rufbusse und andere, am Bedarf der Menschen ausgerichtete Dienste, oder in einer Kombination aus beidem. Der ÖPNV Bayerns soll 100 Prozent lokal emissionsfrei sein und sich vollständig aus regenerativen Energien speisen.

Bayern braucht dafür einen schnellen Ausbau der Schieneninfrastruktur. Höhere Investitionen, ein Sonderprogramm von Freistaat und Bund und die Reaktivierung stillgelegter Eisenbahninfrastruktur sowie Haltestellen sollen mehr Verkehr auf die Schiene bringen. Damit Nah- und Fernverkehr auf der Schiene für alle Bürger*innen erreichbar wird, wollen wir uns für mehr Direktverbindungen einsetzen und Betreibern und Kommunen finanzielle Anreize bieten, um Bahnhöfe bürgerfreundlich und barrierefrei auszubauen. Ein besonderes Augenmerk werden wir dabei auf den Fernbahnanschluss des Flughafens München legen und diesen energisch vorantreiben. So tragen wir zur Verringerung von Kurzstreckenflügen bei. Um die Schiene zu stärken, fordern wir, dass 70 Prozent des bayerischen Schienennetzes bis 2025 elektrifiziert werden.

Die Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes müssen auf Bundesebene deutlich über das bisher geplante Maß hinaus erhöht werden. Zentral ist hier auch die Überarbeitung der standardisierten Bewertung, die bei der Prüfung der Förderfähigkeit von ÖPNV-Projekten derzeit zum Einsatz kommt. Bayern wird hier unter unserer Regierung Vorreiter sein.

Die Projekte, die wir in München im ÖPNV angestoßen haben (dichtere Takte, längere Fahrzeuge, zusätzliche Verbindungen und Tangenten mit Tram und Bus) benötigen teils finanzielle Unterstützung jenseits der Münchner Stadtgrenzen. Der Freistaat wird sich hier massiv beteiligen und dies auch in den anderen bayerischen Städten entsprechend fördern.

595 Eine SPD-geführte Staatsregierung wird einen Zukunftsplan für die S-Bahn
entwerfen, da hier die Versäumnisse der CSU riesig sind. Im engen Kontakt
mit dem Landkreis München und den anliegenden Gemeinden werden
wir ein Konzept entwickeln, welches sowohl die Sicherheit als auch den
Fahrkomfort der S-Bahnlinien verbessert. Ein fahrgastfreundlicher Umstieg
600 von S- zu U-Bahn, z.B. in Neuperlach Süd, muss ohne Gleiswechsel möglich
sein. Wir fordern den zweigleisigen Ausbau aller S-Bahn-Außenäste. Die
Attraktivität der S-Bahn hängt entscheidend von der Zuverlässigkeit und
Pünktlichkeit ab- und diese ist massiv ausbaufähig. Deshalb wollen wir für
die S-Bahn mindestens einen 10-Minuten-Takt im gesamten MVV-Gebiet.
605 Wir fordern einen S-Bahn-Ring rund um München. Wir halten am Bahn-
tunnel für den Zulauf zum Brennerbasistunnel zwischen Zamdorf und
Johanneskirchen fest und fordern bei zusätzlichen Neu- und Ausbauten
weitere Tunnel. Die Planungen für die Truderinger und Daglfinger Kurve und
Spange müssen gemäß den Vorstellungen der örtlichen Bürgerinitiative
610 überarbeitet werden. Unsere Staatsregierung wird noch vor Ende des Plan-
feststellungsverfahrens zu einem runden Tisch mit allen Beteiligten laden.

b) Rad- und Fußverkehr

615 Wir werden in ganz Bayern, in Stadt und Land, den Radverkehr massiv
fördern. Wir legen damit die Grundlage, den Anteil des Radverkehrs am Ver-
kehrsaufkommen in Bayern bis 2030 auf mindestens 25 Prozent zu erhöhen
und das Fahrrad als attraktive Alternative zum motorisierten Individualver-
kehr zu stärken. Das Wichtigste dabei ist der schnelle Ausbau von intelligent
620 geplanten, bequemen und sicheren Fahrradstraßen und -wegen. Wir setzen
auch auf den zügigen und flächendeckenden Ausbau von Radschnellwegen.
Dabei sind wir Teil des „Bündnis Radentscheid Bayern“.

Wir werden gute, witterungs- und diebstahlsichere und vor allem aus-
625 reichende Abstellmöglichkeiten für Räder vor allem an Bahnhöfen und
Knotenpunkten schaffen. Wir werden entsprechend ein Landesförderpro-
gramm auflegen, das flächendeckend und mit dem öffentlichen Verkehr
verknüpfte Leihsysteme für Fahrräder, E-Räder und Lastenfahrräder schafft.

630 Wir denken Mobilität in Bayern auch aus Sicht der Fußgängerinnen und
Fußgänger. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre Interessen als ungeschützte
und langsame Verkehrsteilnehmende nicht länger anderen Verkehrsarten
untergeordnet werden. Zufußgehen ist gesund, sozial, kostengünstig,
flächeneffizient und klimaneutral. Unser Ziel: Alle Menschen können sich
635 in Städten und Gemeinden barrierefrei und sicher zu Fuß oder im Rollstuhl
bewegen. Der Freistaat hat hier enormen Aufholbedarf und die Ziele der

Kampagne Bayern barrierefrei nicht erfüllt – das werden wir ändern. Insbesondere wollen wir dafür sorgen, dass alle S-Bahnstationen, auch im Außenbereich, barrierefrei mit Rolltreppen oder Aufzügen versehen werden.

640

c) Automobilität

645 Bayern hat starke Autobauer und zahlreiche Zulieferfirmen. Deswegen haben wir eine industriepolitische und verkehrspolitische Vorbildfunktion und wollen diese endlich wahrnehmen. Wir gestalten den notwendigen Wandel der bayerischen Automobilindustrie hin zu weniger Emissionen und nachhaltiger Mobilität. Bayern soll im Autoverkehr auf emissionsfreie
650 Mobilität setzen. Dazu muss auch Elektromobilität über die gesamte Wertschöpfungskette (Automobilhersteller, Zulieferer, Dienstleister, Energiewirtschaft, Handel und Entsorgung) sozial- und umweltverträglich sein.

Unsere Staatsstraßen müssen sicher befahrbar bleiben und sinnvoll saniert werden. Derzeit sind bayernweit mehr als ein Drittel der Straßen
655 sanierungsbedürftig, in manchen Regionen sogar 43 Prozent. Um diesen Missstand zu beheben, wollen wir die staatlichen Bauämter mit mehr Personal ausstatten und die Versäumnisse der bisherigen Staatsregierung nachholen. Jede Straßen- und Brückenbaumaßnahme soll auch die Nutzung
660 für alle weiteren Verkehre dort verbessern, zum Beispiel durch Radwege, Gehsteige und Parkzonen.

Wir setzen uns für ein Tempolimit von 130 km/h auf der Autobahn ein und prüfen, ob Verkehr mit weniger Regelgeschwindigkeit generell
665 sicherer und angenehmer für alle sein kann. Wir streben eine generelle Geschwindigkeitsreduktion auf 80 km/h außer- und 30 km/h innerorts als Regelgeschwindigkeit an. Wir werden zudem die Kontrollen der Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzungen verstärken.

670 Autofreie Innenstädte und Straßen unterstützen wir durch finanzielle Landesförderung bei der Umgestaltung – das bringt mehr Lebensqualität und mehr Umsatz für den Einzelhandel vor Ort in Städten und Gemeinden. Neue größere Siedlungen sollen autoarm geplant werden, dafür mit Mobilitätsstationen, einer hohen Nutzungsmischung, kurzen und attraktiven
675 Fuß- und Radwegen und einer guten Nahversorgung sowie einer attraktiven Anbindung an den öffentlichen Verkehr.

Wir fördern Maßnahmen, die eine gemeinsame Nutzung von privaten Pkws mit mehreren Personen erreichen, auch durch betriebliche Mobilitätsange-

680 bote von Unternehmen für deren Mitarbeiter*innen. Die landesrechtlichen
Vorgaben für Parkgebühren sollen in Zukunft stärker zum Ausdruck bringen,
wie kostbar der öffentliche Raum ist.

d) Güter

685

Wir werden für die Verlagerung von Gütern soweit möglich auf die Schiene
vorantreiben. Mehr Kapazitäten im Schienengüterverkehr werden wir
mit mehr Verladestationen, wo nötig teils längeren Ausweichgleisen,
verstärktem Kombiverkehr und mehr Akzeptanz bei der Bevölkerung durch
690 verbesserten Lärm- und Erschütterungsschutz erreichen. In diesem Zusam-
menhang sprechen wir uns für eine schnellstmögliche und bestmögliche
Realisierung des Güterzulaufverkehrs zum Brennerbasistunnels aus. Wir
setzen uns dabei für maximalen Emissionsschutz ein. Die Münchnerinnen
und Münchner dürfen beim Ausbau der Bahntrasse zum Brennerbasistun-
695 nel nicht benachteiligt werden. Die Emissionsschutzziele, die zu Recht zu
Umplanungen anderswo geführt haben, müssen auch für München gelten.
Eine echte Bürgerbeteiligung ist hierbei zwingend nötig. Mit einer Poten-
zialstudie und Zuschüssen werden wir Unternehmen dabei unterstützen,
mehr Gütertransporte von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

700

Für überregionale Güterverkehre müssen auch weiträumige Umleitungsrou-
ten ausgebaut werden, die die Schienenstrecken in den Räumen München
und Augsburg entlasten und dadurch hier mehr Kapazität für den Ausbau
von Fern- und Nahverkehr schaffen.

705

Frauen verdienen alles – Gleichstellung endlich umsetzen

Echte Gleichstellung von Frauen und Männern ist Kern sozialdemokratischer
Politik. Sie ist in allen gesellschaftlichen Feldern eine dringende Notwen-
710 digkeit und leider nach wie vor nicht verwirklicht. Gerade in Bayern ist es
wichtig, die durch die Pandemie verstärkten traditionellen Rollenbilder zu
überwinden.

Wir brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Karrierechancen
715 für Frauen. In der Arbeitswelt werden Frauen bei Gehalt und Karriere be-
nachteiligt. Frauen verdienen in Bayern etwa 22 Prozent weniger als Männer.
Ihr Anteil im Niedriglohnsektor und in Minijobs ist überproportional, sie
arbeiten in schlechter bezahlten Branchen. Dies wollen wir ändern, wert-
volle Arbeit wie Pflege und Erziehung besser bezahlen und die Lohnlücke
720 schließen. Die auf Bundesebene beschlossenen 12 Euro Mindestlohn sind
hier ein erster Schritt, gleiches gilt für die Quote in Führungspositionen.

725

730

735

740

745

750

755

760

765

770

775

780

785

790

795

800

805

810

815

820

825

830

835

840

845

850

855

860

865

870

875

880

885

890

895

900

905

910

915

920

925

930

935

940

945

950

955

960

965

970

975

980

985

990

995

1000

1005

1010

1015

1020

1025

1030

1035

1040

1045

1050

1055

1060

1065

1070

1075

1080

1085

1090

1095

1100

1105

1110

1115

1120

1125

1130

1135

1140

1145

1150

1155

1160

1165

1170

1175

1180

1185

1190

1195

1200

1205

1210

1215

1220

1225

1230

1235

1240

1245

1250

1255

1260

1265

1270

1275

1280

1285

1290

1295

1300

1305

1310

1315

1320

1325

1330

1335

1340

1345

1350

1355

1360

1365

1370

1375

1380

1385

1390

1395

1400

1405